

Im Hinblick auf den Antrag der CDU-Fraktion zu den Bewerbungsaussichten der Gemeinschaftshauptschule Niederpleis merkte Herr Köhler an, dass die Erstellung eines schulfachlichen Konzeptes für die Vorbereitung der Schulkonferenz eine interne Schulangelegenheit sei.

Herr Schmitz-Porten teilte mit, dass der Schulausschuss für „Bauten und Bedingungen“ zuständig sei. Die Erstellung der Schulkonzepte sei nicht dessen Aufgabe. Er bat darum, dass der Schuldezernent und die Schulleitung regelmäßig im Schulausschuss über den aktuellen Stand berichten, um den Prozess begleiten zu können.

Herr Krämer von der CDU-Fraktion erklärte, dass die Intention des Antrages die Unterstützung der Schule bei dem gesamten Prozess gewesen sei.

Frau Schleebaum erläuterte, dass die Schule das schulfachliche Konzept erstelle. Die Schule habe sich für den Schwerpunkt MINT entschieden und verfasse den „Letter of Intent“. Dieser werde dann in diesem Gremium vorgelegt. Sie teilte mit, dass die Schule aktuell über 370 Schülerinnen und Schüler verfüge und der Migrationsanteil etwa bei 75 % liege.

Herr Kammel äußerte, dass er sich sehr freuen würde, wenn die Hauptschule Niederpleis als Talentschule gefördert werden würde. Dieses könnte zu einer Aufwertung des Hauptschulabschlusses führen, welcher dann eine bessere Qualifizierung auf dem Arbeitsmarkt darstellen würde.

Seiner Auffassung nach sei die Schule in den letzten Jahren von der Stadt, insbesondere was die WLAN-Ausstattung anbelangt, vernachlässigt worden.

Frau Schleebaum stimme dieser Kritik nicht zu. Sie betonte, dass die Mittel für die technische Ausstattung zur Verfügung stehen und die Ausstattung jetzt vorangetrieben werde.

Herr Krämer teilte mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag zurückziehe.

Frau Meuer von der CDU-Fraktion betonte nochmal, dass der CDU-Antrag lediglich als Unterstützung im Hinblick auf das zeitliche Fenster dienen sollte. Sie fragte an, ob sichergestellt sei, dass der Bewerbungsantrag für die Talentschule rechtzeitig eingereicht werde, da dieser in der nächsten Sitzung des Schulausschusses noch politisch genehmigt werden müsse.

In diesem Zusammenhang erläuterte Frau Schleebaum, dass die Vorbereitungen bereits begonnen hätten und der Zeitplan bereits vorliege.

Herr Doğan stellte klar, dass es sich bei der Verwaltungsvorlage um einen Vorratsbeschluss handele, um im nächsten Schulausschuss im November ohne Zeitdruck darüber beraten zu können. Es müssten nur noch die Schulkonferenzbeschlüsse hierzu gefasst werden.

Anschließend wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.